

Südkorea und die wirtschaftliche Integration Ostasiens – Politische und wirtschaftliche Herausforderungen

Bernhard Seliger¹

1 Einführung

Die Perspektiven der wirtschaftlichen Integration in Ostasien haben sich in den letzten zehn Jahren mehrfach drastisch geändert. Zu Beginn der neunziger Jahre wurde die vorher nur rudimentär existierende Kooperation der ostasiatischen Staaten ausgebaut und im Rahmen der Debatte um den neuen Regionalismus auch die regionale Integration des asiatisch-pazifischen Raums gefordert. Die schon bestehenden regionalen Organisationen wie die Association of South East Asian Nations (ASEAN) bekamen eine klarere ökonomische Zielrichtung, und neue Organisationen, insbesondere die Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC), aber auch das interregionale Asia-Europe Meeting (ASEM) wurden gegründet (vgl. Seliger 2000a). Die Asienkrise von 1997 und die nachfolgenden divergierenden Wirtschaftspolitiken der ostasiatischen Staaten wurden zwar nicht, wie zunächst von vielen Beobachtern gefürchtet, zu einem Schlusspunkt der wirtschaftlichen Integration Ostasiens, aber dennoch zu einem Wendepunkt.

Während vorher allein die Integration der Handels- und Kapitalströme im Vordergrund stand, ist nun der Wunsch nach verstärkter makroökonomischer Kooperation das zweite Ziel regionaler Integrationsbestrebungen. Die Handelsintegration spielt weiter eine wichtige Rolle, wozu insbesondere der Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO), die Gründung der südostasiatischen Freihandelszone ASEAN Free Trade Area (AFTA) und die gleichgerichteten Liberalisierungsschritte in Ländern mit Programmen des Weltwährungsfonds (IMF) beitragen. Andererseits führte die Asienkrise auch zu Rückschritten bei der Handelsintegration, am deutlichsten im Falle von Malaysia, und auch das Scheitern der Welthandelsrunde in Seattle führte zu einer abwartenden Haltung ostasiatischer Staaten. Dagegen kam es zu einer intensiven Diskussion der Möglichkeiten monetärer und makroökonomischer Kooperation, um einer weiteren Finanzkrise vorzubeugen. Diese Diskussion führte zwar noch nicht zu greifbaren Ergebnissen, kann aber doch die Richtung der Integrationsbestrebungen in Zukunft deutlich verändern.

Welche Rolle spielt Korea in dieser Situation? Die Haltung Südkoreas ist durch die besondere geopolitische Lage zwischen Japan und China mitbestimmt, die eine regionale Integration vergleichbar wie in Südostasien bisher unmöglich machte. Verstärkt wird dies durch die koreanische Teilung sowie die ungeklärte Lage des russischen Fernen Ostens. Ökonomisch gesehen ist die starke Verflechtung mit den

¹ Der Autor bedankt sich bei der Asia Research Foundation für die finanzielle Unterstützung seiner Forschung.

USA einerseits und die Furcht vor einer wirtschaftlichen Dominanz Japans ein Grund für Südkoreas fortdauerndes Interesse an einer weiteren asiatisch-pazifischen Integration. Dennoch führen die schleppenden Liberalisierungsfortschritte der APEC und auch verschiedener bilateraler Verhandlungen über Freihandel, z.B. mit Chile, auch zum Wunsch einer tieferen Integration in einem kleineren Integrationsgebiet.

In diesem Artikel wird die Rolle Koreas in der wirtschaftlichen Integration Ostasiens und Nordostasiens diskutiert. Dabei werden die Herausforderungen auf verschiedenen Ebenen, nämlich der asiatisch-pazifischen Integration, der ostasiatischen regionalen Integration und der subregionalen nordostasiatischen Integration, analysiert. Im zweiten Abschnitt wird die geopolitische Lage Koreas in einen Zusammenhang mit den Integrationsbemühungen gebracht. Der dritte Abschnitt diskutiert den Aspekt der Handelsintegration und Integration der Faktormärkte, während der vierte Abschnitt die monetäre und makroökonomische Koordination behandelt. Die Rolle Nordkoreas wird im fünften Abschnitt dargelegt, gefolgt von einer kurzen Schlussfolgerung.

2 Die geopolitische Lage Südkoreas und die wirtschaftliche Integration Ostasiens

Die wirtschaftliche Integration Ostasiens hat im Vergleich mit anderen Weltregionen erst relativ spät begonnen und gleichzeitig in der Form des weiter unten diskutierten „offenen Regionalismus“, basierend auf Freiwilligkeit, Nichteinmischung und Vereinbarkeit mit der multilateralen Agenda, stattgefunden. Dabei führten politische Faktoren dazu, dass die Integration zunächst in Südostasien stattfinden konnte. Die südostasiatischen Staaten, die sich zuerst in der South East Asia Treaty Organization (SEATO) von 1954 und danach in der ASEAN von 1967 zusammenfanden, waren zunächst politisch motiviert. Die politische Motivation war aber – anders als bei der Integration Westeuropas – nicht durch die Gleichartigkeit des politischen Systems bedingt. Tatsächlich wurden die ASEAN-Staaten in unterschiedlichem Maße autokratisch regiert. Das gemeinsame Interesse bezog sich zuallererst auf die gemeinsame Bedrohung durch den Kommunismus. Die ASEAN hat zwar in ihren drei Gründungsprinzipien zunächst ökonomischen Wohlstand und Wachstum als Ziel definiert und erst als zweites die friedliche Entwicklung der Region. Dennoch kann die ASEAN als eine Antwort auf den Vietnamkrieg und die befürchtete Dominanzwirkung der dortigen kommunistischen Herrschaft verstanden werden. Diesem Ziel sollten die Schaffung einer südostasiatischen Identität (*Think ASEAN*) und die wirtschaftliche Entwicklung dienen.

Zwei Faktoren, nämlich die Bedeutung der japanischen Wirtschaft sowie die Existenz chinesischer Händlernetzwerke, erleichterten die Integration Südostasiens. Die Rolle Japans für die Integration Südostasiens liegt einmal in Japans Bedeutung als wichtigste Volkswirtschaft der Region mit einem Anteil von etwa 14 Prozent an der Weltwirtschaft 1996 und einem Anteil von etwa 80 Prozent an der Wirtschaft Ostasiens. Zweitens spielen japanisches Kapital und japanische Technologie seit den

achtziger Jahren eine wachsende Rolle in ganz Ostasien. Bedingt durch Arbeitskosten und Yen-Aufwertung wurden insbesondere die Länder Südasiens zum Ziel japanischer Direktinvestitionen. Den Investitionen japanischer multinationaler Konzerne in der verarbeitenden Industrie folgten Investitionen in kleinere Zulieferbetriebe, teilweise in der Form von Joint Ventures (vgl. Yamashita 1991; Tokunaga 1992; Doner 1993). Die Investitionen führten gleichzeitig zum Transfer japanischer Technologie und japanischer Firmenorganisation. Begünstigt wurde dies durch die „Look-East“-Politik der südostasiatischen Staaten, die in Japan ein Vorbild für eine nichtwestliche Form der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung sahen.² Neben der Rolle als Investor ist Japan gleichzeitig größter Kapitalgeber in der Region.³ Als Kapitalgeber und Investor gingen japanische Firmen und Banken häufig Allianzen mit den chinesischen Händlernetzwerken sowie den Staatsbetrieben ein, was ihren Einfluss nochmals erweiterte (vgl. Lim 1996: 102).

Die Händlernetzwerke ethnischer Chinesen in Südasiens sind ein weiterer Faktor, der zu einer „De-facto“-Integration in der Region führt. Während der Anteil der ethnischen Chinesen an der Gesamtbevölkerung nur gering ist, ist ihr Anteil am Besitz privater Firmen überproportional groß.⁴ Die Vernetzung der chinesischen Produzenten, insbesondere des Handels, in der Region führt auch zu einer Nachfrage nach verstärkter Integration. Allerdings ist die Lage der Chinesen als Minorität besonders in Krisenzeiten prekär. So kam es wegen der Wohlstandsunterschiede 1969 in Malaysia zu Rassenunruhen. Danach begann eine Serie von Fünfjahresplänen, die „New Economic Policy“, die den Einfluss der Bumiputeras, d.h. der indigenen Malaien, auf die Wirtschaft verstärken sollte. Von 1970 bis 1990 stieg ihr Anteil am Privatsektor von 2,3 Prozent auf über 20 Prozent. Ermöglicht wurde dies durch Bevorzugung bei staatlichen Aufträgen und durch staatlich gelenkte Kreditvergabe, insbesondere durch die eigens dafür gegründete Bumiputra Bank. Zu ethnischen Spannungen kam es auch in Indonesien im Verlauf der Asienkrise, wo ebenfalls die chinesischen Händler, denen zudem noch enge Beziehungen zum Regime Suharto nachgesagt wurden, Opfer von Rassenunruhen wurden. Trotz dieser Spannungen waren chinesische Händler ein wichtiger Faktor für die Integration Südasiens.

² Ursprünglich war dies eine Politik Malaysias, das eine Orientierung an den näher gelegenen, von ethnischen Chinesen dominierten erfolgreichen Wirtschaften Singapurs und Taiwans vermeiden wollte; vgl. Smith (1996).

³ So betrug der Anteil Japans an den Schulden indonesischer Firmen 1997 38 Prozent, deutlich mehr als der US-Anteil von acht Prozent; vgl. *Asian Wall Street Journal* (1998, S.1).

⁴ Lim und Gosling (1997) schätzen den Anteil chinesischer Händler am Privatsektor (in Klammern: an der Bevölkerung) auf 75 (4) Prozent in Indonesien, 40 (2) Prozent in den Philippinen, 85 (10) Prozent in Thailand und 65 (30) Prozent in Malaysia.

In Nordostasien war die politische Situation weniger der Integration zuträglich.⁵ Während in Südostasien die kommunistische Herrschaft bzw. Bürgerkriegssituation in einigen peripheren Staaten (Vietnam, Laos, Kambodscha) zu einem stärkeren Zusammenschluss der restlichen Staaten führte, war Nordostasien durch Spannungen direkt im Zentrum – in China und Korea – betroffen. Die politische Konfrontation der Volksrepublik China mit Taiwan und damit den USA sowie die maoistische Wirtschaftspolitik machten zunächst jede Integration unmöglich. Aber auch nach der wirtschaftlichen Öffnung, die auch zu grenzüberschreitenden Direktinvestitionen führte, blieb das politische Problem bestehen, dass eine Integration Nordostasiens nicht Volksrepublik und Republik China mit dem gleichen Status betreffen konnte. Nur die Form der halboffiziellen Kontakte konnte beide Staaten in der APEC zusammenführen. Zugleich sah China zumindest bis in die frühen neunziger Jahre die Gefahr eines ökonomischen Imperialismus durch Japan und die USA in Form der Dominanz in regionalen Organisationen (vgl. Moore und Xang 1999: 367-370; Akaha 1998: 24). Für Südkorea war China lange Zeit hauptsächlich als Schutzmacht Nordkoreas bedeutend. Die wachsende wirtschaftliche Bedeutung, die auch zu Ansätzen subregionaler Integration am Gelben Meer führte, bringt China – besonders nach seinem WTO-Beitritt – in direkte wirtschaftliche Konkurrenz zu Südkorea.

Die Rolle Japans in Nordostasien ist weitaus stärker durch die historischen Versuche, eine Dominanz über Ostasien zu erlangen, geprägt. Zwar war das Konzept einer *Greater East Asia Co-Prosperity Sphere* unter Führung Japans im Zweiten Weltkrieg auf ganz Ostasien bezogen. Die Erfahrungen der Kolonialzeit betrafen aber besonders Südkorea (von 1910 bis 1945 Kolonie Japans), Taiwan sowie das chinesische Festland. Deshalb war eine „Look-East“-Politik in diesen Staaten nie möglich und wird der vorhandene wirtschaftliche Einfluss Japans eher misstrauisch gesehen. Zwar ist es in den letzten Jahren zu einer vorsichtigen Öffnung Südkoreas, zum Beispiel in Bezug auf japanische Kulturprodukte, gekommen. Die wirtschaftliche Macht Japans kann sich aber nicht in einer Führungsrolle für die regionale wirtschaftliche Integration niederschlagen. Auch die lang anhaltende Rezession in Japan und die Unfähigkeit zu interner struktureller Reform lassen es für eine Führungsrolle derzeit ungeeignet erscheinen.

Die Probleme in den Beziehungen zu den beiden Nachbarstaaten haben sich für Südkorea in den letzten Jahren eher noch verstärkt. China hat sich von einem politischen Gegner in eine regionale Wirtschaftsmacht verwandelt. In Japan mehren sich nach dem Ende des Kalten Krieges die Anzeichen größerer außenpolitischer Unabhängigkeit von den USA, die sich auch in gelegentlichen (meist innenpolitisch motivierten) nationalistischen Äußerungen von Politikern niederschlagen.⁶ Die Lage

⁵ Während geographisch gesehen Südchina inklusive Hongkong und Taiwan ein Teil Südostasiens sind, werden sie hier als Teil Nordostasiens behandelt, da ihre geopolitische Lage sie hier zu einem Problem der Integration Chinas macht.

⁶ Ein aktuelles Beispiel ist der Schulbuchstreit mit Südkorea über Passagen in einem japanischen Schulbuch, die nach Ansicht südkoreanischer Politiker die Rolle Japans im Zweiten Weltkrieg verharmlosen.

zwischen zwei wirtschaftlich und politisch starken Staaten stellt für Südkorea ein historisches Trauma dar.

Russland spielte in der wirtschaftlichen Integration Ostasiens keine Rolle trotz der Lage des russischen Fernen Ostens mit seinen bedeutenden Rohstoffvorkommen in dieser Region. Auch nachdem die politischen Beziehungen Russlands zu Japan und Südkorea sich nach dem Ende des Kalten Krieges normalisiert hatten, trat nicht die erhoffte wirtschaftliche Integration ein (vgl. Seliger 1999). Neben dem ungelösten Problem Nordkorea waren es besonders interne Entwicklungen Russlands, die eine Behinderung darstellten. Die Transformationssituation führte zu einem ungeordneten Desintegrationsprozess mit dem europäischen Russland und einem Zusammenbruch von Teilen der Infrastruktur und der Bürokratie, die die erhofften Investitionen aus Japan und Südkorea stark einschränkten. Der noch schwelende Territorialstreit mit Japan verzögerte bedeutende Investitionsprojekte wie die Ölproduktion auf Sachalin. Auch der APEC-Beitritt Russlands und die Straffung der Administration unter dem Präsidenten Putin führten noch nicht zu einer Änderung der Situation.

Die USA sind ein indirekter politischer und wirtschaftlicher Faktor der Integration Nordostasiens. Politisch stellen sie als Garantiemacht die Unabhängigkeit Taiwans und Südkoreas sicher, sind dabei aber ein Hindernis auf dem Weg zu größerer regionaler Integration (vgl. Boyer 2000). Wirtschaftlich gesehen sind alle Staaten der Region stark auf den Absatzmarkt USA ausgerichtet. Dies kann im Sinne gleicher Interessen zu verstärkter regionaler Integration führen, stellt die Staaten Nordostasiens aber auch in eine Konkurrenzsituation. Zudem bedeutet der wichtige Anteil des Amerikahandels, dass die Wahl der Integrationsformen durch die Außenhandelsabhängigkeit beschränkt ist. „Offener Regionalismus“ als eine Form der mit der weltwirtschaftlichen Liberalisierung stets im Einklang befindlichen wirtschaftlichen Integration ist auch eine Folge der Rücksicht auf den Handelspartner, die in dieser Form etwa in Westeuropa nicht vorhanden war.

Die geopolitische Situation für die Integration Ostasiens stellt sich also wesentlich ungünstiger als in Südostasien dar: Politische und territoriale Konflikte sind noch ungelöst, länderübergreifende Faktoren der Integration sind weniger gegeben, und für Südkorea sind sowohl die ungeklärte Lage Nordkoreas wie die gewandelte Rolle Chinas und Japans nicht unproblematisch. Im nächsten Abschnitt wird untersucht, inwieweit unter diesen Voraussetzungen eine handelspolitische Integration möglich ist.

3 Perspektiven der Handelsintegration und der Integration der Faktormärkte in Ostasien

Die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Integration Südkoreas können sowohl normativ als auch positiv analysiert werden. Normativ stellt sich die Frage, welches das optimale Integrationsgebiet aus Sicht Südkoreas ist bzw. welche Vorteile die multilaterale, regionale und subregionale Integration bringen. Die positive Analyse muss

die Interessen der Akteure auf dem „Markt für Politik“ in Korea und bei den möglichen Integrationspartnern in den Vordergrund stellen. Hier wird zunächst der bereits bestehende Integrationsansatz im Rahmen der APEC untersucht, danach die Politik Koreas zur Einrichtung von Freihandelsabkommen und schließlich die Möglichkeit der regionalen Integration im Rahmen der ASEAN+3-Gruppe (inkl. China, Japan, Südkorea). Verstärkte wirtschaftliche regionale Integration lässt sich stets an gewachsener Bedeutung des intraregionalen Handels messen. Umgekehrt ist die relativ geringe Bedeutung intraregionalen Handels ein Zeichen für geringe wirtschaftliche Integration.⁷ Dementsprechend zeichnen sich Südkorea und seine Nachbarstaaten Japan und Taiwan verglichen mit den südostasiatischen Staaten sowie China und Hongkong durch relativ geringe Handelsintegration mit den anderen ostasiatischen Volkswirtschaften aus. Als Zielländer für koreanische Exporte hatten die ostasiatischen Staaten⁸ 1998 einen Anteil von 39,1 Prozent gegenüber 34,9 Prozent im Jahr 1980, bei den Importen betrug der Anteil 37,3 Prozent gegenüber 29,9 Prozent im Jahr 1980. Demgegenüber betrug der Anteil der Exporte nach Ostasien für die südostasiatischen Staaten 1998 über fünfzig Prozent und bei China 46,6 Prozent, und auch die Importe lagen deutlich über dem Anteil der nordostasiatischen Staaten (vgl. Nam 2000: 15). Wenn man die Handelstruktur der nordostasiatischen Länder vergleicht, so zeichnen sich Japan und Südkorea durch jeweils ähnliche Export- und Importstrukturen aus, während China dazu komplementär produziert (ebda.: 31).

Die Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) bietet seit ihrer Gründung im Jahr 1989 ein zunächst informelles, später zunehmend formalisiertes Forum der wirtschaftlichen Integration im asiatisch-pazifischen Raum (vgl. Ahn 1999; Pascha und Goydke 2000). Zu den Gründen, die zur APEC-Gründung führten, gehörten u.a. das Ziel Australiens und Neuseelands, die weltwirtschaftliche Peripherie zu verlassen, sowie der wechselseitige Wunsch ostasiatischer Staaten und der USA, ein Gegengewicht zur wachsenden Integration Westeuropas und zur Haltung Westeuropas in der Uruguay-Runde zu schaffen. Nachdem in den ersten Jahren der Existenz die Möglichkeiten verstärkter pazifischer Zusammenarbeit ausgelotet wurden, wurde 1994 in Bogor das Ziel formuliert, Freihandel zwischen den entwickelten Mitgliedsstaaten bis ins Jahr 2010 und zwischen den anderen Staaten bis 2020 zu erreichen. 1995 wurde die Osaka Action Agenda beschlossen, die Richtlinien für die Implementierung enthielt, die 1996 durch den Manila Action Plan für die APEC konkretisiert wurde. Seit 1997 haben die einzelnen Mitgliedsstaaten „Individual Action Plans“ beschlossen, um die Umsetzung in nationale Politik zu gewährleisten. Charakteristisch für den APEC-Prozess ist die geringe Institutionalisierung, die Beibehaltung nationaler Souveränität der Mitgliedsstaaten und dadurch die Freiwilligkeit der vereinbarten Liberalisierungsschritte sowie die Offenheit

⁷ Natürlich ist die Intensität der wirtschaftlichen Integration nicht der einzige Bestimmungsfaktor; im Fall Japans, Südkoreas und Taiwans spielt auch das fortgeschrittene Entwicklungsstadium eine Rolle.

⁸ Dazu zählen hier Japan, die drei China, Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Thailand.

ligkeit der vereinbarten Liberalisierungsschritte sowie die Offenheit gegenüber Nichtmitgliedern in Form der Meistbegünstigung bei Liberalisierungsschritten.

Allerdings hat seit Mitte der neunziger Jahre die Dynamik der Integration in der APEC abgenommen. Das erste Problem für die APEC ist die wachsende Heterogenität der Mitgliedsstaaten, die neben den ursprünglichen Gründungsstaaten aus dem asiatisch-pazifischen Raum auch einige Staaten Lateinamerikas (Chile und Peru) sowie Russland umfassen. Die Ziele dieser Staaten in der APEC haben sich deshalb von der Handelsliberalisierung, die die Agenda vor der Asienkrise bestimmte, erweitert, z.B. auf die unten diskutierten Möglichkeiten makroökonomischer Kooperation, was einen Fokus und Konsens der auf Freiwilligkeit beruhenden APEC erschwerte. Zweitens hat die vorpreschende Liberalisierung der westlichen APEC-Staaten nicht wie erwartet zur notwendigen *peer pressure* geführt, um die Liberalisierung auch in den weniger entwickelten Staaten zu beschleunigen. Dies wurde insbesondere bei den letzten Gipfeltreffen der APEC deutlich, bei denen über die Programme der frühzeitigen Liberalisierung, Early Voluntary Sectoral Liberalization (EVSL), kein Konsens gefunden wurde und deshalb eine Lösung im Rahmen der WTO gesucht wurde. Auch bei den Individual Action Plans (IAP) haben sich seit der Formulierung 1997 kaum Fortschritte ergeben.⁹

Zwar haben sich die APEC-Staaten insgesamt trotz der Asienkrise nicht von dem Ziel der Schaffung einer Freihandelszone abgewandt, aber die ursprüngliche Vorreiterrolle, die die APEC auch bei der multilateralen Liberalisierung übernehmen wollte, ist verloren gegangen. Dies lässt sich deutlich am Fall Südkoreas ablesen, das zusammen mit Japan und der EU in den Verhandlungen von Seattle eine kompromisslose Haltung bei der Liberalisierung der Agrarproduktion einnahm. Eine Entwicklung der APEC in der Zukunft zu einem engen regionalen Integrationsgebiet erscheint deshalb unwahrscheinlich. Als Forum für die asiatisch-pazifische Integration ist die Rolle der APEC dennoch wichtig. Sie ermöglicht eine geographisch weit gefasste Zustimmung zur Liberalisierung von Handel und Investitionen sowie den Ausbau halboffizieller Kontakte, beispielsweise zwischen China und Taiwan. Die Option eines gemeinsamen Marktes ist darin allerdings nicht einbegriffen.

Die nachlassende Dynamik der APEC hat dazu geführt, dass Südkorea nach anderen Möglichkeiten der wirtschaftlichen Integration gesucht hat, die die APEC ergänzen, nicht aber ersetzen können. Dazu gehörte der Plan, mit verschiedenen Ländern in allen Kontinenten eine Freihandelszone zu errichten. Innerhalb der APEC könnte eine solche Freihandelszone eine weitere multilaterale Liberalisierung auslösen. Freihandelszonen in anderen Kontinenten wären dazu geeignet, steigende Handelsbarrieren durch regionale Handelsblöcke zu überwinden. Seit 1998 verhandelt Südkorea mit Chile, einem APEC-Mitgliedsstaat, über die Einrichtung einer

⁹ Im Fall Südkoreas haben sich zwar bei der Implementierung der IAP große Fortschritte bei der Abschaffung von Handelsbarrieren und der Liberalisierung ausländischer Direktinvestitionen ergeben, allerdings mehr infolge des Strukturanpassungsprogrammes des IMF nach der Asienkrise. In anderen Bereichen wie Deregulierung und Schutz geistigen Eigentums sind die Fortschritte noch gering. Eine Analyse siehe Ahn (1999).

Freihandelszone. Aber auch Freihandelszonen mit Japan, den USA, Thailand, Neuseeland, der Türkei und Südafrika werden diskutiert. Die Verhandlungen mit Chile zeigen jedoch die Schwierigkeiten auch bilateraler Handelsprojekte.¹⁰ Das Handelsvolumen zwischen Chile und Südkorea ist gering mit einem Anteil von etwa einem halben Prozent an Koreas Exporten und von weniger als einem Prozent an Koreas Importen. Dennoch befinden sich die Verhandlungen derzeit in einer Krise, da Freihandel für Agrarprodukte politisch umstritten ist und insbesondere die Hersteller von Weintrauben die Importe aus Chile fürchten. Obwohl chilenische Fruchtimporte derzeit nur 20 Millionen US-Dollar (bei einem Importvolumen für Früchte von insgesamt 10 Milliarden US-Dollar pro Jahr in Südkorea) betragen, haben die Proteste dazu geführt, dass sich Politiker der regierenden Demokratischen Millenniumspartei gegen die Freihandelszone ausgesprochen haben (vgl. *Korea Herald* 2001a).

Der nahe liegende Schritt regionaler Integration wäre die Errichtung einer Freihandelszone mit Japan. Dieses Projekt ist zwar generell sowohl von japanischer wie von südkoreanischer Seite positiv diskutiert werden. Beispielsweise hat 1999 der damalige japanische Premierminister Obuchi eine nordostasiatische Freihandelszone vorgeschlagen (vgl. *Korea Times* 1999). Allerdings stehen ihm auch große Probleme gegenüber: Für Japan ist insbesondere die Liberalisierung des Agrarsektors problematisch. Für Südkorea ist neben den historischen Bedenken wegen der Kolonialgeschichte auch das große Handelsdefizit mit Japan, das im Jahr 2000 11,36 Milliarden US-Dollar betrug, ein Hindernis. Deshalb wird derzeit auch nach Möglichkeiten der informellen Kooperation gesucht, etwa in Form eines Wachstumsdreiecks zwischen Pusan, Shanghai und Fukuoka (vgl. Kim und Chun 2000). Eine weiter gehende Form der Liberalisierung scheint derzeit nicht wahrscheinlich.

Ein Problem bei bilateralen Handelsverträgen ist stets der starke und konzentrierte Widerstand von Gegnern und möglichen Verlierern des freien Handels. Dies hat sich auch in Westeuropa gezeigt, wo in den siebziger Jahren die Eurosklerose durch eine fallweise Behandlung von Integrationshindernissen ausgelöst wurde. Erst das Programm zur Schaffung des gemeinsamen Marktes, das 279 Vorschläge zum Wegfall nichttarifärer Handelshemmnisse, nationaler Protektion und Kontrollen machte, überwand die Lähmung des Integrationsprozesses. Auch in Ostasien ließe sich möglicherweise Liberalisierung besser durchsetzen, wenn das Projekt groß genug wäre, um verschiedene Gruppen von Verlierern der Integration zu neutralisieren, und andererseits nicht zu heterogen, wie im Rahmen der APEC. Seit 1997 trifft sich, ohne dass dafür bisher ein formaler Rahmen besteht, jährlich die ASEAN+3-Gruppe zu einem Gipfeltreffen. Ziel dieser Formation ist es, die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen Ostasiens zu stärken. Die ASEAN+3-Gruppe vereint ein Drittel der Weltbevölkerung und 20,9 Prozent des Weltinlandsproduktes (6,3 Billionen US-Dollar). Sie klammert einige der Hindernisse der nordostasiatischen Integration aus, besonders durch die Nichtteilnahme Taiwans.

¹⁰ Zur Information siehe die Webinformation des Korea Institute for International Economic Policy (2001).

Die Größe der Gruppe entschärft zugleich den möglichen Konflikt zwischen Japan und China.

Auf Vorschlag des südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-jung auf dem ASEAN+3-Gipfel im November 2000 in Singapur wurde die Ostasiatische Studien-Gruppe begründet, die bis zum nächsten Gipfeltreffen im November 2001 in Brunei konkrete Vorschläge zur Umsetzung der Integrationspläne machen soll. Der Erfolg wird dabei entscheidend von der Frage abhängen, ob die Gruppe genügend regionale Identität aufweist, um die gegenseitigen Vorbehalte aufzugeben. Schon in der ASEAN hat sich dieses als Problem erwiesen. Andererseits führte die Asienkrise, die eine kollektive Bedrohung des bisherigen Wachstumspfad des Süd- und Nordostasiens brachte, auch zu einer Verstärkung der regionalen Identität (vgl. Higgott 1998: 54-62). Welche Form die Integration in der ASEAN+3-Gruppe annimmt, ist noch nicht klar. Es wird aber sicherlich zunächst kein supranationaler Ansatz sein, sondern die Souveränität der Teilnehmerstaat wird oberste Priorität haben. Der Erfolg der zunächst beschlossenen Integrationsschritte wird dann auch über die Möglichkeit einer intensiveren Kooperation entscheiden.

Für Südkorea bietet die mehrstufige Politik der Handelsliberalisierung im Rahmen von APEC, ASEAN+3 und bilateralen Freihandelsverträgen die Chance, die drei Formen der Integration zur gegenseitigen Stärkung zu nutzen: Die bilateralen Freihandelszonen können regionale und multilaterale Liberalisierung anstoßen. Beispielsweise wird in den USA die Freihandelspolitik Südkoreas genau beobachtet, und auf Wunsch des Komitees für Finanzen des US-Senates wurde eine Studie über eine mögliche Freihandelszone mit Südkorea bei der US International Trade Commission in Auftrag gegeben. Die ASEAN+3 und die APEC bieten andererseits die Möglichkeit, die Schwierigkeiten bilateraler Liberalisierung zu überwinden.

Neben der Frage einer ausreichenden regionalen Identität ist die Zustimmung zu Liberalisierungsschritten auch vom politischen Markt der jeweiligen Länder abhängig.¹¹ Das Beispiel der gescheiterten Welthandelsrunde in Seattle und des Stillstands der Verhandlungen mit Chile zeigen, dass besonders vor Wahlen der Einfluss enger Interessengruppen auf den Erfolg von Verhandlungen groß sein kann. Allerdings hat Südkoreas Markt für Politik zwei Charakteristika, die bisher die Handelsbemühungen unterstützten. Erstens waren die starke Stellung der Ministerialbürokratie und demgegenüber die schwache Stellung der Politik und Ideologie ein Faktor, der Freihandel begünstigte. Die Bürokratie musste weit weniger Rücksicht nehmen auf Interessengruppen als etwa die Staaten Westeuropas bei ihrem Integrationsprozess. Die Regierungsparteien zeigten sich pragmatisch in ihrer ideologischen Haltung gegenüber dem Freihandel. Zweitens führte die wichtige Stellung des Exports bei dem Entwicklungsprozess Südkoreas dazu, dass sich tendenziell eine „allumfassende Interessenskoalition“ zugunsten des Freihandels bildete.¹² Inwieweit diese Interessenskoalition allerdings in einem pluralistischeren Südkorea bestehen bleibt, ist ungewiss. Eine stärkere Berücksichtigung derjenigen Stimmen, die die Handelslibera-

¹¹ Zum südkoreanischen Markt für Politik vgl. ausführlich Seliger (2000b).

¹² Zum Konzept der „all-encompassing interest group“ siehe Olson (1996).

lisierung ablehnen oder skeptisch sehen, lässt sich vielleicht schon an der größeren Beachtung ablesen, die derzeit Projekte regionaler Kooperation finden, die nicht der Liberalisierung, sondern der Koordinierung der Wirtschaftspolitik dienen. Sie werden im nächsten Abschnitt diskutiert.

4 Perspektiven der monetären und makroökonomischen Koordination in Ostasien

Die Asienkrise von 1997 hat neben der Aufdeckung struktureller Schwächen der einzelnen ostasiatischen Volkswirtschaften auch die Frage der Stabilität des regionalen Finanzsystems aufgeworfen und damit auch die Frage nach einer monetären Kooperation in Ostasien. Die Einführung des Euro in Westeuropa hat diese Diskussion noch verstärkt. Bis auf Malaysia haben sich alle Staaten Ostasiens in der Krise gegen unilaterale Restriktionen der Kapitalmärkte ausgesprochen. Monetäre Kooperation wird dagegen als Möglichkeit gesehen, weltweite Kapitalzuflüsse regional besser steuern zu können, kompetitive Abwertungen zu verhindern und vielleicht sogar auf Dauer zu einem monetären ostasiatischen System zu kommen. Im Folgenden werden die Vorschläge zur Errichtung eines Asiatischen Währungsfonds (Asian Monetary Fund – AMF), eines gemeinsamen Währungssystems (Asian Monetary System – AMS) und schließlich zu größerer Koordinierung der Fiskalpolitik diskutiert.

Die Einrichtung eines AMF wurde zunächst auf dem APEC-Treffen der Finanzminister im September 1997 in Bangkok, auf dem Höhepunkt der Asienkrise, vom japanischen Finanzminister Hiroshi Mitsuzuka vorgeschlagen.¹³ Der Fonds sollte als *regional last lender of resort* die als unzureichend empfundene Unterstützung durch den IMF ergänzen, und Japan wollte die Hälfte des dazu nötigen Geldes geben. Implizit sollte die Einrichtung des AMF die als nicht akzeptabel angesehenen Strukturanpassungsprogramme des IMF umgehen. Deshalb wurden auch von Vertretern der USA (als des größten und einflussreichsten Geldgebers des IMF) und des IMF die Pläne abgelehnt. Dabei wurde auf die schwächere Rolle des IMF und das Fehlen von Anpassungsprogrammen verwiesen. Dadurch würde auch die Möglichkeit des *moral hazard*, d.h. des unverantwortlichen Verhaltens von Kreditgebern und -nehmern, in der Region noch gestärkt. Wenn diese implizit ein staatliches *bail out* erwarten könnten, würden die dringend benötigten besseren Kreditvergabe- und Überwachungspraktiken nicht eingeführt. Wegen dieser Ablehnung einigten sich die Vertreter der ostasiatischen Staaten, des IMF, der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) im November 1997 in Manila lediglich auf die Einrichtung einer „Manila Framework Group“ zur Stabilisierung der Finanzarchitektur. Die APEC dagegen betonte in mehreren Erklärungen die Wichtigkeit der Strukturreformen, u.a. bei der Regulierung des Finanzsektors, und richtete u.a. ein Programm zur verbesserten Ausbildung der Regulierungsbehörden der Krisenstaaten ein.

¹³ Zur Geschichte des AMF und besonders zur Rolle Japans siehe Altbach (1997).

Im Oktober 1998, als zwar die Finanzkrise schon weitgehend überwunden war, aber ganz Ostasien sich in einer Rezession befand, stellte Japan im Rahmen der neuen Miyazawa-Initiative 30 Milliarden US-Dollar bereit, die je zur Hälfte zur Finanzierung des ostasiatischen Handels und als mittel- und langfristige Kredite vergeben wurden. Der Handel hatte vorher besonders in Südostasien unter mangelnden Vorfinanzierungsmöglichkeiten gelitten, was teilweise sogar zum Rückgriff auf Tauschhandel in der Region führte. Die Idee eines AMF wurde nicht wieder aufgegriffen, da sie auch in der Region als zu sehr japanzentriert gesehen wurde und da der Widerstand des IMF zu groß war (vgl. Moon et al. 2000). Im Mai 2000 wurde auf dem Treffen der Finanzminister der ASEAN+3-Gruppe in Chiang Mai in Thailand die so genannte Chiang-Mai-Initiative verabschiedet. Sie sieht die Einrichtung eines regionalen Netzwerks von bilateralen Währungsunterstützungsverträgen (*currency swap-and-repurchase agreements*) vor. Dazu soll das bestehende ASEAN Swap Arrangement erweitert und durch bilaterale Verträge mit den drei nordostasiatischen Staaten ergänzt werden, um so die internationalen Fazilitäten regional zu ergänzen.

Die Chiang-Mai-Initiative könnte sich zum Kernstück eines Asian Monetary System weiterentwickeln. Genau wie nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems Anfang der siebziger Jahre die westeuropäischen Staaten ein neues regionales Wechselkursregime suchten, um die Wechselkurse zu stabilisieren, so führte die Asienkrise dazu, dass die Krisenstaaten ihre vorher bestehende Währungsbindung an den US-Dollar aufgaben und nun nach einem neuen, stabilen Wechselkursregime suchten. Als Gründe für den Wunsch nach stabileren Wechselkursen werden die positiven Wirkungen in Bezug auf Handel und Wachstum durch die Reduzierung des Währungsrisikos, die bessere Abwehr spekulativer Attacken durch die Addition der Währungsreserven, aber auch die Vermeidung von kompetitiven Abwertungen genannt (vgl. Fukasaku und Martineau 1998: 134-136; Kim et al. 2000: 49-51). Die Möglichkeiten des AMS reichen von der Einrichtung eines Systems ähnlich dem Europäischen Währungssystem (EWS) bis hin zu einer möglichen gemeinsamen Währung.

Ein AMS muss sich auf eine Leitwährung oder einen Währungskorb einigen, beispielsweise eine Asiatische Währungseinheit (Asian Currency Unit – ACU). Empirische Untersuchungen haben gezeigt, dass die Staaten Ostasiens bisher in Bezug auf die Wichtigkeit der Währungen als Ankerwährung (als Transaktionswährung und Reservewährung sowie in Bezug auf den Handelspartner) trotz der Internationalisierung des Yen in den neunziger Jahren eher einem Dollarblock als einem Yenblock gleichen (vgl. Frankel und Wei 1993, 1994). Beim Design des AMS ist die Frage wichtig, welche Schwankungsbreiten um die Parität zum ACU die einzelnen Währungen haben und von welchen Bedingungen Stützungskäufe der anderen Zentralbanken abhängig sind. Die Erfahrung des EWS kann nicht sehr optimistisch stimmen: Unabhängige Zentralbanken können nicht gleichzeitig die Ziele der internen Geldstabilität und der Währungsstabilität verfolgen. Wenn Interventionen der Zentralbanken nicht durch Strukturreformen begleitet werden, sind sie mittelfristig wirkungslos, wie die EWS-Krisen von 1992 und 1993 und die Asienkrise gezeigt

haben. Strukturreformen können aber – anders als beim IMF, der durch die hegemoniale Stellung der USA gestützt ist – im regionalen Rahmen bei einer Abwesenheit starker supranationaler Institutionen oder eines Hegemons praktisch nicht durchgesetzt werden.¹⁴ Eine Einigung auf strikte Konditionalität bei Stützungskrediten würde andererseits die Frage aufwerfen, welchen zusätzlichen Nutzen ein AMS gegenüber dem internationalen Regime des IMF hätte.

Noch problematischer als ein AMS scheint die Vision einer Einrichtung einer gemeinsamen asiatischen Währung zu sein. Nach der Theorie optimaler Währungsräume muss ein optimaler Währungsraum entweder durch die Abwesenheit asymmetrischer ökonomischer Schocks oder durch die ausreichende Anpassungskapazität der Faktormärkte (d.h. insbesondere der Arbeitsmärkte) gekennzeichnet sein. Die Unwahrscheinlichkeit asymmetrischer Schocks ist am ehesten in den ostasiatischen Ländern mit höherem Einkommen wie Japan, Taiwan, Südkorea und Singapur gegeben, die sich auch durch einen höheren Grad intraindustriellen Handels auszeichnen (vgl. Kwan 1998). Eine Währungsunion nur dieser Staaten würde aber das Ziel einer Stabilisierung der regionalen Finanzen klar verfehlen. Die Anpassungskapazität der Arbeitsmärkte scheint gerade in Japan und Südkorea in den letzten Jahren abzunehmen, was eine steigende Sockelarbeitslosigkeit mit sich bringt, auch wenn diese Staaten noch weit von der Rigidität der Arbeitsmärkte in Westeuropa entfernt sind. Andere in der Literatur genannte Anpassungsmechanismen wie Migration oder fiskalischer Föderalismus, d.h. ein interregionaler Finanzausgleich, sind nicht praktikabel. Eine Währungsunion ohne Wirtschaftsunion ist deshalb nicht möglich. Diese setzt aber einen politischen Konsens voraus, der derzeit noch fehlt (vgl. Il et al. 1999: 44). Studien mit einem gegenteiligen Ergebnis untersuchen meist die makroökonomische Konvergenz (z.B. anhand der Maastricht-Kriterien der EU), die aber keine ausreichende Voraussetzung für eine dauerhafte Währungsunion sind.

Neben der monetären Integration wurde nach der Asienkrise auch die Möglichkeit der größeren makroökonomischen Koordination diskutiert. Dazu gehörte insbesondere der Vorschlag des südkoreanischen Präsidenten im Jahr 1998, konzertierte Zinssenkungen und Programme zur Stimulierung der Konsumnachfrage durch großzügige Kreditvergabe durchzuführen (vgl. *Korea Times* 1998). Die Idee, dass die Krise im Wesentlichen eine Vertrauenskrise sei, die durch *deficit spending* gelöst werden könne, stand auch beim neuen Mizayawa-Plan Pate. Allerdings lässt sich sowohl an den Erfahrungen Japans als auch in steigendem Maße an den Erfahrungen Südkoreas zeigen, dass ein solcher Weg, wenn er nicht von Strukturreformen, insbesondere im Banken- und Finanzsektor, begleitet ist, in die Irre führt. Die zahlreichen Konsumförderungsprogramme der letzten zehn Jahre haben Japan wirtschaftlich nicht stärken können, aber den Staatshaushalt zunehmend eingeengt. Ähnlich stellt

¹⁴ Sogar in Europa in der Euro-Zone ist die Wirkung der Selbstbindung durch den Stabilitätspakt im Falle abweichenden Verhaltens einzelner Mitgliedsländer fraglich.

sich die Zunahme des staatlichen Defizits in den letzten drei Jahren in Südkorea dar, die auch schon zu einer öffentlichen Diskussion geführt hat.¹⁵

Die monetäre und makroökonomische Koordination ist für Südkorea sowie für die anderen ostasiatischen Staaten nur dann sinnvoll, wenn gleichzeitig die wirtschaftlichen Strukturprobleme gelöst werden. Dann ist sie allerdings auch politökonomisch gesehen weniger attraktiv, da die politischen Anpassungskosten, etwa bei der Schließung von nicht lebensfähigen Firmen, sehr hoch sein können. Langfristig gesehen muss der Versuch einer Koordination, die zur Verschleppung von Strukturreformen eingesetzt wird, aber scheitern. Gerade für Südkorea, das neben den eigenen Strukturproblemen möglicherweise mittelfristig auch noch den Wiederaufbau der nordkoreanischen Wirtschaft mitfinanzieren muss, sollte deshalb die Liberalisierung des Handels, die durch mehr Wettbewerb zu Strukturreformen zwingt, Vorrang gegenüber den Möglichkeiten monetärer und makroökonomischer Koordinierung haben.

5 Nordkorea und die wirtschaftliche Integration in Ostasien

Bis vor kurzer Zeit war die Rolle Nordkoreas in der wirtschaftlichen Integration Ostasiens allenfalls als die eines der großen Hindernisse auf dem Weg zur Kooperation in Nordostasien zu erwähnen. Die katastrophale wirtschaftliche Lage Nordkoreas und die dadurch erzwungene Öffnung haben zu der Frage geführt, ob die entstehenden regionalen Organisationen einen Beitrag zur Lösung des Nordkorea-Problems liefern können.

Geographisch gesehen ist Nordkorea eine Landbrücke, die die wirtschaftlich starken Länder Südkorea und Japan mit Russland und so mit dem europäischen Kontinent verbindet. Große Hoffnungen verbinden sich deshalb mit dem Plan der Errichtung einer „eisernen Seidenstraße“ (*iron silk road*), d.h. der Verbindung des südkoreanischen Eisenbahnnetzes mit Nordkorea und der transsibirischen Eisenbahn in Russland (vgl. Shin 2000). Die hohen Kosten der Eisenbahnverbindung alleine im koreanischen Grenzgebiet, die technischen Probleme der Anpassung verschiedener Spurweiten sowie die Unsicherheit des Transfers durch den russischen Fernen Osten lassen die Euphorie über die neue Seidenstraße allerdings stark verfrüht erscheinen. Wenn die Verbindung zustande kommt, wird sie aber langfristig einen Beitrag zur

¹⁵ 1997 betrug die Staatsschuld Koreas 65,6 Billionen Won, Ende 2000 waren es schon 120 Billionen Won. Trotz der hohen Wachstumsrate 1999 und 2000 war die Zunahme der Verschuldung in beiden Jahren höher, und die Staatsschuldenquote im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt beträgt jetzt über 23 Prozent; vgl. *Korea Herald* (2001b). Das ist zwar gering gegenüber der Verschuldung Japans oder der Staaten der Euro-Zone, allerdings läßt sich ein Ende des Schuldenwachstums Südkoreas bei steigenden wohlfahrtsstaatlichen Verpflichtungen, etwa durch Defizite der Krankenversicherung, und bei immer noch hohen Kosten der Restrukturierung des Privat- und Finanzsektors noch nicht absehen.

Integration und Entwicklung sowohl Nordkoreas als auch des russischen Fernen Ostens ermöglichen.

Eine weitere Rolle können die regionalen Organisationen sowohl beim Abbau von Spannungen leisten, wie dies derzeit schon das ASEAN-Regionalforum tut, sowie bei der Bereitstellung von politisch akzeptablen Leitbildern des wirtschaftlichen Wandels. Solange das derzeitige Regime in Nordkorea, das auf der Macht des Militärs basiert, besteht, ist eine Anpassung an das südkoreanische oder japanische Wirtschaftsmodell aus ideologischen Gründen schwer vorstellbar. Dagegen liefert China mit seinem autoritären Weg der Wirtschaftsreformen unter Beibehaltung der Macht der Kommunistischen Partei ein eher akzeptiertes Leitbild. Steigende wirtschaftliche Verflechtung mit der Region würde Nordkorea dann in die derzeit schon in Ansätzen vorhandene Funktion einer verlängerten Werkbank mit billigen Arbeitskräften als Ausgangsposition für wirtschaftliche Entwicklung und endlich auch politischen Wandel bringen.

In Südkorea scheint dieses Modell derzeit auch mit weniger wirtschaftlichen Problemen befrachtet zu sein als ein schneller Zusammenbruch des derzeitigen Regimes, da dann als Alternativen zur Massenmigration in den Süden entweder eine deutsche Lösung (schnelle monetäre und institutionelle Vereinigung, hohe Transfers, hohe Arbeitslosigkeit, akzeptable Migration) oder eine Lösung in Frage kämen, die die Freizügigkeit trotz politischen Wandels verweigert. Die damit verbundene Anerkennung eines totalitären Regimes wird dafür in Kauf genommen. Aus den nordkoreanischen Öffnungsschritten lässt sich derzeit noch nicht klar eine Strategie erkennen, eine fortschreitende Öffnung scheint ebenso möglich wie eine nur vorübergehende Öffnung zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage durch internationale Hilfen. In beiden Fällen aber haben Südkorea sowie die Nachbarn in der Region und die USA nur die Option, die Öffnungspolitik zu unterstützen. In dieser Politik können regionale Organisationen wie die APEC oder die ASEAN+3-Gruppe eine Rolle übernehmen, die bilateral (etwa von Japan oder den USA) noch nicht eingenommen werden kann.

6 Ausblick: Ordnungspolitische Optionen und wissenschaftlicher Forschungsbedarf

Die obige Diskussion hat gezeigt, dass eine erfolgreiche wirtschaftliche Integration in Ostasien zunächst auf einer fortschreitenden Integration von Handel und Investitionen basieren muss. Südkorea kann dabei gleichzeitig die Möglichkeiten bilateraler, regionaler (ASEAN+3) und überregionaler (APEC) Integration nutzen. Weitergehende Formen der Integration, die etwa gemeinsamer stärkerer Institutionen bedürfen, sind von der Schaffung eines genügend starken gemeinsamen Interesses, d.h. einer regionalen Identität, abhängig. Eine solche Identität lässt sich aber nicht konstruktivistisch setzen, sondern kann sich nur spontan entwickeln. Die Asienkrise hat dazu einen Beitrag geleistet und kann so auch die ausgelösten Integrationsprozesse verständlich machen. Die bisherige Integration des asiatisch-pazifischen Raums lässt

sich als Evolutionsprozess verstehen (vgl. Herrmann-Pillath 1997). Politisch gesehen war dies der einzige Weg, überhaupt zu regionaler Integration zu kommen, aber auch ordnungspolitisch gesehen ist ein solcher Evolutionsprozess der Setzung eines rigiden institutionellen Modells vorzuziehen.

Die bisherige „marktgetriebene“ Integration kann dennoch zu einem Ende kommen, wenn nicht ein Mindestmaß an Institutionalisierung erfolgt. Diese Institutionalisierung muss nicht die Schaffung supranationaler Institutionen bedeuten, sondern lässt sich als ein Mindestmaß an gemeinsamen Regeln für den institutionellen Wettbewerb verstehen (vgl. Seliger 2001). In diesem Zusammenhang ergibt sich in zweifacher Hinsicht weiterer Forschungsbedarf. Erstens muss die Größe des Integrationsgebietes mehr als bisher interdisziplinär, d.h. nicht nur ökonomisch oder politisch, erklärt werden, wobei die Rolle der gemeinsamen Identität ein wichtiger Erklärungsfaktor ist. Zweitens muss die Tiefe der Integration außerhalb der bisherigen dichotomischen Betrachtungsweise „offener versus geschlossener Regionalismus“ diskutiert werden. Hier ist besonders die Viabilität institutioneller Regime wichtig und die Frage, welche Institutionen (wie etwa Wettbewerbsregeln) diese garantieren.

Südkorea kann als relativ kleines Land und bedingt durch seine historische Stellung eine Schlüsselrolle bei der Integration Ostasiens und besonders Nordostasiens einnehmen. Als eine der am weitesten entwickelten Marktwirtschaften in Ostasien kann es eine Vermittlungsfunktion übernehmen, die Japan aus historischen Gründen nicht voll übernehmen kann. Dies ist allerdings nur dann möglich, wenn die südkoreanische Wirtschaft erfolgreich restrukturiert wird. Je weiter und je eher die Reformen der eigenen Wirtschaft gelingen, umso besser wird Südkorea seine Rolle bei der regionalen Integration ausfüllen können. Sonst besteht die Gefahr, dass ein wirtschaftlich schwaches Südkorea, mit den Problemen eines zusätzlich noch weitaus schwächeren Nordkoreas befrachtet, zwischen dem erstarkten Japan und China wieder in die unangenehme Rolle einer instabilen Zwischenzone gerät.

Literatur

- Ahn, Hyungdo (1999), „APEC after 10 Years: Is APEC Sustainable?“, KIEP Working Paper 99-08, Seoul: Korea Institute for International Economic Policy
- Akaha, Tsuneo (1998), „Asia-Pacific Regionalism and Northeast Asia Subregionalism“, in: *Global Economic Review* 27, 4, S.20-44
- Altbach, Erich (1997), „The Asian Monetary Fund Proposal: A Case Study in Japanese Regional Leadership“, in: *JEI Report*, Nr.47, 19.12.1997, im Internet; <http://www.jei.org/Archive/JEIR97/9747f.html>, Zugriff am 26.3.2001
- Asian Wall Street Journal* (1998), „Why Indonesia Never Got a Debt Deal“, 4.11.1998, S.1
- Ahn Hyungdo et al. (1999), „Assessment of Korea's Individual Action Plans of APEC“, KIEP Working Paper 99-28, Seoul: Korea Institute for International Economic Policy

- Boyer, William W. (2000), "The United States, Taiwan and China: Any Lessons for South Korea?", in: *International Area Review* 3, 1, S.3-18
- Doner, Richard F. (1993), "Japanese Foreign Investment and the Creation of a Pacific Asian Region", in: Jeffrey A. Frankel und Miles Kahler (Hrsg.), *Regionalism and Rivalry: Japan and the United States in Pacific Asia*, London u.a.: University of Chicago Press, S.159-214
- Frankel, Jeffrey und Shang-Jin Wei (1993), "Is There a Currency Bloc in the Pacific?", Center for International and Development Economics Research Working Paper No. C93-025, University of California at Berkeley
- Frankel, Jeffrey und Shang-Jin Wei (1994), "Yen Bloc or Dollar Bloc? Exchange Rate Policies of the East Asian Economies", in: Takatoshi Ito und Anne Krueger (Hrsg.), *Macroeconomic Linkage: Savings, Exchange Rates and Capital Flows*, London u.a.: University of Chicago Press, S.295-329
- Fukasaku, Kiichiro und David Martineau (1998), "Monetary Co-operation and Integration in East Asia", in: Kiichiro Fukasaku, Fukunari Kimura und Shujiro Urata (Hrsg.), *Asia & Europe. Beyond Competing Regionalism*, Paris: OECD, S.134-159
- Herrmann-Pillath, Carsten (1997), „Integration durch Evolution im asiatisch-pazifischen Raum. Empirische Befunde und institutionenökonomische Analyse“, Wittener Diskussionspapiere, Nr.40, Witten
- Higgott, Richard (1998), "The international political economy of regionalism", in: William D. Coleman und Geoffrey R.D. Underhill, *Regionalism and global economic integration*, London: Routledge, S.42-80
- Il, Sakong, Yunjong Wang und Manuel F. Montes (1999), "The Asian Crisis and Its Regional Implications for Financial Cooperation in Northeast Asia", in: Asia-Pacific Institute, *A Study on the Economic Integration in Northeast Asia*, Seoul, S.23-46.
- Kim, Chang Nam und Inho Chun (2000), "On Devising a Model for Economic Co-operation among Pusan, Shanghai and Fukuoka", Regional Studies Series 00-13, Seoul: Korea Institute for International Economic Policy
- Kim, Tae-Jun, Jai-won Ryou und Yunjong Wang (2000), "Regional Arrangements to Borrow: A Scheme for Preventing Future Asian Liquidity Crises", Policy Analysis 00-01, Seoul: Korea Institute for International Economic Policy
- Korea Herald* (2001a), "Korea and Chile nearing collapse in free trade talks", 6.3.2001, S.1
- Korea Herald* (2001b), "National debt at W 120 trillion as of Dec. 2000", 21.3.2001, S.10
- Korea Institute for International Economic Policy (2001), http://www.kiep.go.kr/fta/fta.nsf/web_home?OpenFrameset, Zugriff am 26.3.2001
- Korea Times* (1998), "Kim Unveils Initiative to Solve Asian Crisis", 17.11.1998, S.1
- Korea Times* (1999), "Obuchi Proposes Creation of Asian Free Trade Zone", 22.3.1999, S.2
- Kwan, Cai Hee (1998), "The Theory of Optimum Currency Areas and the Possibility of Forming a Yen Bloc in Asia", in: *Journal of Asian Economics* 9, 4, S.555-580

- Lim, Linda (1996), "Southeast Asian business systems: The dynamics of diversity", in: Wendy Dobson und A. Edward Safarian (Hrsg.), *East Asian capitalism: Diversity and dynamism*, Toronto: University of Toronto Press, S.91-117
- Lim, Linda und Peter Gosling (1997), "Economic Growth, Liberalization and the Chinese in Southeast Asia", in: Daniel Chirot und Anthony Reid (Hrsg.), *Essential Outsiders: Chinese and Jews in the Modern Transformation of Southeast Asia and Eastern Europe*, Seattle: University of Washington Press 1997
- Moon, Woosik, Yeongseop Rhee und Deok Ryong Yoon (2000), "Asian Monetary Cooperation: A search for Regional Monetary Stability in the Post Euro and the Post Asian Crisis Era", in: *The Bank of Korea Economic Papers* 3, 1, S.159-193
- Moore, Thomas G. und Dixia Yang (1999), "China, APEC and Economic Regionalism in the Asia-Pacific", in: *Journal of East Asian Affairs* 13, 2, S.361-411
- Nam, Sang-yirl (2000), "Competition and Complementarity in Northeast Asian Trade: Korea's Perspective", KIEP Working Paper 00-02, Seoul: Korea Institute for International Economic Policy
- Olson, Mancur (1996), "The Varieties of Eurosclerosis: The Rise and Decline of Nations since 1982", Jean Monnet Chair Paper No.32, Florence: European University Institute
- Pascha, Werner und Tim Goydke (2000), „Zehn Jahre APEC“, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium* 29, 11, S.616-621
- Seliger, Bernhard (1999), "The Double Integration: Siberia as part of Russia and Siberia as part of North East Asia", Paper presented at the International Conference, Relations between Korea and Siberia, Korean-Siberian Economic Association, Seoul, November 27, 1999, Proceedings, S.51-76
- Seliger, Bernhard (2000a), „Wirtschaftliche Integration in Ostasien – ein Überblick“, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium* 29, 7, S.388-392
- Seliger, Bernhard (2000b), „Politische Ökonomie der Systemtransformation – Stand der Forschung, ungelöste Probleme und eine Fallstudie zu Südkorea“, Wittener Diskussionspapiere, Nr.68, Witten
- Seliger, Bernhard (2001), "Economic Regionalisation in East Asia and Western Europe – comparisons and lessons", in: *Journal of Economic Integration*, erscheint demnächst
- Shin, Chon Seo (2000), "Hankuk cheol'to hwa siberia hwengdancheol'to yonkjeolui kisulkomttobangjang", in: *Siberia cheol'to mit chawonkebalkwa dongpukau kukchehjopyok*, Seoul: Korean Siberian Studies Association, S.51-66 (koreanisch)
- Smith, Wendy (1996), "Management in Malaysia", in: Malcolm Warner (Hrsg.), *Concise International Encyclopedia of Business and Management*, London: Thomson Learning Europe, S.2951-2961
- Tokunaga, Shojiro (Hrsg.) (1992), *Japanese Foreign Investment and Asian Economic Interdependence*, Tokyo: University of Tokyo Press
- Yamashita, Shoichi (Hrsg.) (1991), *Transfer of Japanese Technology and Management to the ASEAN Countries*, Tokyo: University of Tokyo Press

Patrick Köllner, Hrsg.

KOREA 2001

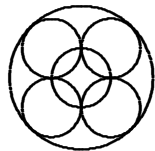
Patrick Köllner, Hrsg.

KOREA 2001

**POLITIK
WIRTSCHAFT
GESELLSCHAFT**

mit
Beiträgen
von

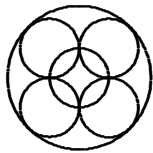
Rüdiger Frank
Sebastian Harnisch
Heiner Heseler
Patrick Köllner
Heinrich Kreft
Hanns W. Maull
Peter Mayer
Dirk Nabers
Manfred Pohl
Michael Schloms
Oliver Schramm
Günter Schucher
Bernhard Seliger



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE
HAMBURG

ISSN 1432-0142
ISBN 3-88910-264-6
Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2001

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje
Satz und Textgestaltung: Siegrid Woelk
Gesamtherstellung: Zeitgemäßer Druck CALLING P.O.D., Hamburg



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde eingegeben.

Anfragen zur Asien-Literatur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: (040) 42834 598 – Fax: (040) 42834 512 – E-Mail: duei-dok@uni-hamburg.de).